

21.11.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/7202 und 17/7800 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 - GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Berichterstatter

Abgeordneter Thomas Göddertz

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 17/7202 und 17/7800 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2019/Ausgegeben: 22.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes, Drucksache 17/7202, wurde durch das Plenum am 18. September 2018 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen - zur Mitberatung - überwiesen.

Mit der Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage) wurde der Gesetzentwurf am 6. November 2019 ergänzt und verändert.

B Beratungen

a) Anhörung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 27. September 2019

Traditionell führt der mitberatende Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen bei Haushaltsberatungen die Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz durch. Das Wortprotokoll über die Anhörung liegt als Apr. 17/751 vor. Im Zeitpunkt der Anhörung lag die Ergänzungsvorlage noch nicht vor. Folgende Stellungnahmen sind zur Anhörung am 27. September 2019 vorgelegt worden. Die kommunalen Spitzenverbände haben die Stellungnahmen 17/1819 und 17/1830 zu dieser Anhörung eingereicht und damit Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 58 der Geschäftsordnung wahrgenommen.

eingeladen	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	17/1830
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	17/1819
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ Stadt Wuppertal Wuppertal	17/1815
Landschaftsverband Rheinland Köln	17/1809
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster	
Verein für Kommunalpolitik NRW e.V. Bonn	17/1820

Nachdem die Ergänzungsvorlage dem Gesetzentwurf am 6. November 2019 zuwachsen ist, hat der Vorsitzende des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen den

kommunalen Spitzenverbänden unmittelbar Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen einer mündlichen Erörterung in der Sitzung des Ausschusses am 19. November 2019 gegeben. Der Vollständigkeit halber wird in diesem Zusammenhang auch auf die von den kommunalen Spitzenverbänden eingereichte Stellungnahme 17/2054 hingewiesen, die auf die Sitzung des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses am 21. November 2019 zielte.

b) Berichterstattegespräch

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Zu den Fragen der Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatungen insgesamt wird auf die Vorlagen des Ministeriums des Innern zur Haushaltsklausur 17/2459, 17/2460 und 17/2461 verwiesen. Nachgereichte Fragen der Fraktionen wurden auch zur Sitzung des HFA am 7. November 2019 mit der Vorlage 17/2625 beantwortet.

c) Votum des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich in seiner Sitzung am 19. November 2019 abschließend mit dem Gesetzentwurf zum GFG 2020 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes befasst.

In der Sitzung am 19. November 2019 lagen keine Änderungsanträge der Fraktionen zum GFG vor. Der Gesetzentwurf, Drucksache 17/7202, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD unverändert angenommen.

C Schlussberatung zur Vorbereitung der 2. Lesung, Ergebnis

Die abschließende Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksachen 17/7202 und 17/7800, wurde unter Berücksichtigung des Votums des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 21. November 2019 durchgeführt. Änderungsanträge der Fraktionen lagen nicht vor.

In der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2019, Drucksachen 17/7202 und 17/7800, wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

Martin Börschel
Vorsitzender